



Finanzministerium | Postfach 7127 | 24171 Kiel

Minister

An den  
Vorsitzenden  
des Finanzausschusses  
des Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Herrn Peter Sönnichsen, MdL  
Landeshaus  
24105 Kiel

nachrichtlich:

Herrn  
Präsidenten  
des Landesrechnungshofes  
Schleswig-Holstein  
Dr. Aloys Altmann  
Hopfenstr. 30  
24103 Kiel

Kiel, 20. September 2010

**Antwort der Landesregierung zu den Fragen der SSW-Fraktion zum Haushaltsentwurf 2011/2012 - Teil 1 -**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

anliegend übersende ich Ihnen den ersten Teil der Antworten der Landesregierung zu den durch die SSW-Fraktion gestellten Fragen zum Haushaltsentwurf 2011/2012.

Mit freundlichen Grüßen

Rainer Wiegard

## Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
x	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	03
<b>Seite:</b>	11
<b>Kapitel:</b>	01
<b>Titel:</b>	526 02
<b>Zweckbestimmung:</b>	Besondere Aufwendungen ...

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	2,1
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	0,9
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	0,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	0,0

Frage/Sachverhalt:

Welche Konsequenzen haben die geplanten Kürzungen für die betroffenen Räte? Hat es im Vorwege Gespräche gegeben? Mit welchem Ergebnis?

Antwort der Landesregierung:

Die Streichung des Sitzungsgeldes für Personalräte ist Gegenstand der im Haushaltsbegleitgesetz vorgesehenen Änderung des Mitbestimmungsgesetzes. Diese Änderung betrifft alle Personalratsgremien im Land. Es wird davon ausgegangen, dass es zu keiner Beeinträchtigung inhaltlicher Arbeit kommen wird.

## Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
x	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	03
<b>Seite:</b>	12
<b>Kapitel:</b>	01
<b>Titel:</b>	535 02
<b>Zweckbestimmung:</b>	Zukunftsentwicklung des Landes ...

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	13,0
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	140,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	90,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	90,0

Frage/Sachverhalt:

Wie erklärt sich der Unterschied zwischen Ist 2009 und Soll 2010? Welche Initiativen sind für 2010 und 2011 geplant? Mit welchen Zielsetzungen?

Antwort der Landesregierung:

Auf Grund der vorgezogenen Landtagswahl sind Planungsvorhaben bis zur Konstituierung des neuen Landtages zurück gestellt worden.

Die wesentlichen Ziele für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 sind die Einrichtung eines Zukunftsrats durch den Ministerpräsidenten, Beförderung der norddeutschen Kooperation (vor allem mit Hamburg) und der Kooperation mit Dänemark (vor allem Dänemarkstrategie).

## Fragen der

	<b>CDU</b>
	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>DIE LINKE</b>
<b>x</b>	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	03
<b>Seite:</b>	26
<b>Kapitel:</b>	11
<b>Titel:</b>	541 02
<b>Zweckbestimmung:</b>	Aufwendungen für die Pflege ...

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	92,8
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	64,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	62,7
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	62,0

Frage/Sachverhalt:

Welche Initiativen sind im Einzelnen gemeint? Welche Konsequenzen haben die veranschlagten Kürzungen?

Antwort der Landesregierung:

Die Ausgaben in 2009 lassen sich entsprechend der Zweckbestimmung dieses Titels in drei Ausgabenbereiche gliedern:

1. Sachausgaben für die Pflege der regionalen Partnerschaften des Landes im Ostsee- und Nordseeraum sowie mit Pays de La Loire, insbesondere Vorbereitung und Begleitung von Delegationen, erstellen von Informationen etc.
2. Sachausgaben zur Durchführung von Konferenzen, Workshops sowie für die Erstellung von Informationsmaterial zu Themen der Ostsee- und Nordseezusammenarbeit.
3. Sachausgaben für die Weiterentwicklung der thematischen Schwerpunkte der Landesregierung im Bereich der Ostsee- und Nordseekooperation insbesondere Ausgaben für die Erstellung externer Gutachten und Studien.

Die veranschlagten Kürzungen führen zu einer weiteren Schwerpunktsetzung i. R. der Aufgabenerfüllung.

### Fragen der

	<b>CDU</b>
	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>DIE LINKE</b>
<b>x</b>	<b>SSW</b>

### Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

### zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	03
<b>Seite:</b>	27
<b>Kapitel:</b>	11
<b>Titel:</b>	684 06
<b>Zweckbestimmung:</b>	Institutionelle Förderung ...

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	75,0
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	75,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	50,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	25,0

Frage/Sachverhalt:

Hat es im Vorwege Gespräche mit den betroffenen Institutionen gegeben? Mit welchem Ergebnis? Welche Folgen werden die veranschlagten Kürzungen für die Arbeit der Institutionen haben?

Antwort der Landesregierung:

Ja. Die Landesregierung hat deutlich gemacht, dass die vorgesehene Kürzung zur Einhaltung des Konsolidierungspfades erforderlich ist und hat darauf hingewiesen, dass angesichts der Haushaltslage alle möglichen Synergien ausgeschöpft und Kooperationsmöglichkeiten genutzt werden müssen.

Die Meinungsbildung bei den Trägern der europapolitischen Kommunikations- und Zielgruppenarbeit ist noch nicht abgeschlossen.

Die Landesregierung geht davon aus, dass auch weiterhin eine Kooperation mit den Trägern der europapolitischen Kommunikations- und Zielgruppenarbeit möglich ist (Durchführung der jährlich wiederkehrenden Europawoche, gemeinsame Aktivitäten z. B. auf dem Schleswig-Holstein-Tag und den schleswig-holsteinischen Messen, europapolitische Informations- und Diskussionsveranstaltungen).

## Fragen der

	<b>CDU</b>
	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>DIE LINKE</b>
<b>x</b>	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	03
<b>Seite:</b>	28
<b>Kapitel:</b>	11
<b>Titel:</b>	684 09
<b>Zweckbestimmung:</b>	Förderung der Academia Baltica...

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	120,0
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	120,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	60,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	50,0

## Frage/Sachverhalt:

Hat es im Vorwege Gespräche gegeben? Mit welchem Ergebnis? Welche Konsequenzen haben die Veranschlagten Kürzungen für die von Schleswig-Holstein geleitete Maßnahme „Ostsee-Geschichtsbuch“ im Rahmen der EU-Ostseestrategie?

## Antwort der Landesregierung:

- Seit Mai 2010 setzt sich die Landesregierung in Gesprächen mit der Academia Baltica, dem Deutschen Grenzverein e.V. und der Akademie Sankelmark dafür ein, den Fortbestand der Academia Baltica durch Kooperation oder Fusion mit anderen Bildungseinrichtungen zu sichern.
- Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen.
- Keine.-  
Die Academia Baltica würde das Projekt Ostseegeschichtsbuch gern fortführen und beteiligt sich daher aktiv an den Sondierungen zur Kooperation oder Fusion mit anderen Bildungseinrichtungen und engagiert sich für die Einwerbung von Drittmitteln, ohne die das Projekt nicht weiter entwickelt werden kann.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>DIE LINKE</b>
<b>x</b>	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	03
<b>Seite:</b>	28
<b>Kapitel:</b>	11
<b>Titel:</b>	685 01
<b>Zweckbestimmung:</b>	Europäische Kommunikations- und ...

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	6,0
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	5,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	10,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	10,0

Frage/Sachverhalt:

Welche Projekte und Maßnahmen begründen die erhöhten Ansätze 2011 und 2012?
-----------------------------------------------------------------------------

Antwort der Landesregierung:

Mit dem Titel 685 01 werden Zuwendungen an Dritte gefördert, die im Auftrag des Landes europapolitische Fortbildungsveranstaltungen und Maßnahmen – hauptsächlich an Schulen – durchführen.

So wurden beispielsweise in 2009 das Projekt „Juniorwahl an Schulen“ im Hinblick auf die Europawahlbeteiligung sowie eine schulische Veranstaltungsreihe mit dem Titel „Eure Zukunft – Europa gemeinsam gestalten“ gefördert. Im Jahr 2010 wurde u.a. der bundesweit tätige Verein Bürger Europas e.V. beauftragt, Europaaktionstage („Die Zukunft Europas nach dem Lissaboner Vertrag“) an Schulen in Schleswig-Holstein durchzuführen.

Für die Haushaltsjahre 2011/2012 sind die Planungen noch nicht abgeschlossen.

Gerade wegen der Kürzung der institutionellen Förderung ist es notwendig Projektmittel zur Durchführung von europapolitischen Kommunikationsmaßnahmen vorzuhalten.

## Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
x	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	03
<b>Seite:</b>	28
<b>Kapitel:</b>	11
<b>Titel:</b>	686 05
<b>Zweckbestimmung:</b>	Förderung ostseepolitischer ...

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	37,2
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	26,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	0,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	0,0

Frage/Sachverhalt:

Wie erklärt sich der Unterschied zwischen Ist 2009 und Soll 2010? Welche Aktivitäten sollen wegfallen? Mit welchen Konsequenzen?

Antwort der Landesregierung:

**Vergleich 2009/2010:**

Der Unterschied zwischen dem IST 2009 und dem SOLL 2010 erklärt sich dadurch, dass auf Grund von höheren Bedarfen Haushaltsmittel aus dem Titel 671 01 (S-H Anteil an der technischen Hilfe für die INTERREG-Programme IV B und IV C) umgeschichtet wurden, und so für Aktivitäten im Rahmen des Titels 686 05 zur Verfügung standen.

**Wegfall von Aktivitäten:**

Mit der Streichung des Titels 686 05 fallen Aktivitäten in folgenden Bereichen im Geschäftsbereich des MP weg (auf der Grundlage der Förderfälle von 2009 und 2010):

- Hochschulen
- Berufliche Bildung
- Strafrechtspflege
- Kultur

**Konsequenzen:**

Mit der Streichung des Titels 686 05 fallen im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten die Fördermöglichkeiten ersatzlos weg.



## Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
x	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	04
<b>Seite:</b>	8
<b>Kapitel:</b>	01
<b>Titel:</b>	119 01
<b>Zweckbestimmung:</b>	Einnahmen aus Veröffentlichungen

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	312,1
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	200,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	200,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	200,0

## Frage/Sachverhalt:

Wie setzen sich die Einnahmen des Jahres 2009 zusammen?  
Warum sinkt dieser Ansatz für 2011 und 2012 so markant?

## Antwort der Landesregierung:

Die Einnahmen setzen sich zusammen aus den Einnahmen aus den Abonnements (rd. 222 T€), den Kostenberechnungen für Veröffentlichungen Externer (rd. 60 T€) und der Einnahme aus der Endabrechnung 2008 (rd. 30 T€).

In Bezug auf die Planung der Einnahmen in den Jahren ab 2010 ist zu berücksichtigen, dass der Vertrag für Druck und Vertrieb der Verkündungsblätter mit Wirkung ab 01.07.2010 europaweit ausgeschrieben war. Da zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung noch keine belastbaren Zahlen zur Höhe der zukünftigen Druckkosten vorlagen, konnte auch noch keine Kalkulation des damit in direktem Zusammenhang stehenden Abgabepreises erfolgen. Insofern wurde eine Einschätzung der Einnahmen in Höhe der Vorjahresprognosen vorgenommen. Auch bleibt zu berücksichtigen, dass die Zahl der Abonnenten sowohl des Amts- als auch des GVO-Blattes rückläufig ist. Wie viele Abonnenten die Gelegenheit der Vertragsumstellung zu Kündigung nutzen würden, war ebenfalls nicht absehbar.

Eine Neu-Kalkulation des Abgabepreises wird zeitnah vorgenommen, eine Anpassung der Haushaltstitel betreffend die Verkündungsblätter ist mit der Nachschiebeliste 2011/2012 angestrebt.

## Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
x	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	04
<b>Seite:</b>	11
<b>Kapitel:</b>	01
<b>Titel:</b>	173 69
<b>Zweckbestimmung:</b>	Darlehensrückflüsse von Kreisen und Gemeinden

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	108,9
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	6,7
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	6,7
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	6,7

Frage/Sachverhalt:

Warum sinkt dieser Ansatz so markant auf ein konstantes Niveau für 2011 und 2012?

Antwort der Landesregierung:

In 2009 wurde einmalig ein aus dem Förderfonds Hamburg/Schleswig-Holstein bewilligtes Darlehen in voller Höhe zurückgezahlt.

## Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
x	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	04
<b>Seite:</b>	12
<b>Kapitel:</b>	01
<b>Titel:</b>	332 71
<b>Zweckbestimmung:</b>	Anteil der freien und Hansestadt Hamburg an Zuweisungen für grenzüberschreitende infrastrukturelle Maßnahmen beider Länder

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	273,3
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	871,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	600,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	600,0

Frage/Sachverhalt:

Wie ist die Steigerung des Ansatzes in 2010 inhaltlich begründet und warum sinkt dieser Ansatz 2011 und 2012 wieder?

Antwort der Landesregierung:

Die Freie und Hansestadt Hamburg und das Land Schleswig-Holstein haben sich im Laufe des Haushaltsjahres darauf verständigt, ab 2010 für den Förderfonds Hamburg/Schleswig-Holstein einen reduzierten Betrag in Höhe von insgesamt 1,2 Mio. € (je Land 600 T€) für Zuweisungen zur Verfügung zu stellen (s. Staatsvertrag vom 1.12.2005). Der bisherige Mittelansatz betrug insgesamt 1,742 Mio. €, der Anteil der Freien und Hansestadt Hamburg 871 T€. Da in 2009 tatsächlich nur 546,6 T€ des Ansatzes ausgezahlt wurden, betrug der hälftige Anteil der Freien und Hansestadt Hamburg 273,3 T€ (IST 2009).

## Fragen der

	<b>CDU</b>
	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>DIE LINKE</b>
<b>x</b>	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	04
<b>Seite:</b>	13
<b>Kapitel:</b>	01
<b>Titel:</b>	511 01
<b>Zweckbestimmung:</b>	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	568,9
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	350,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	613,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	613,0

Frage/Sachverhalt:

Wie ist der wesentlich geringere Ansatz in 2010 gegenüber jenen für 2011 und 2012 inhaltlich begründet? Warum steigt der Ansatz?

Antwort der Landesregierung:

Die Kürzung zur Erbringung der Globalen Minderausgaben 2010 im Bereich der sächlichen Verwaltungsausgaben wurde - aus Vereinfachungsgründen - bei diesem Titel vorgenommen. Die Deckung, der über den Ansatz hinausgehenden Ausgaben, erfolgt durch Einsparungen bei anderen Titeln der Hauptgruppe 5. Für die Jahre 2011 und 2012 wird der tatsächliche Bedarf in Ansatz gebracht.

Globale Minderausgaben dienen dem haushalterischen Ausgleich von vorgesehenen Einsparungen, die noch nicht titelscharf aufgelöst werden können. Sie werden im Haushaltsvollzug durch Minderausgaben bei anderen Titeln aufgelöst.

Globale Minderausgaben werden mit dem Haushaltsplan als Teil des Haushaltsgesetzes durch das Parlament beschlossen und entsprechen somit den Grundsätzen der Haushaltsklarheit und -wahrheit

## Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
x	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	05
<b>Seite:</b>	16
<b>Kapitel:</b>	02
<b>Titel:</b>	511 01
<b>Zweckbestimmung:</b>	Geschäftsbedarf ...

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	153,4
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	186,7
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	296,7
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	296,7

Frage/Sachverhalt:

Warum steigt dieser Ansatz für 2011 und 2012 so markant an?

Antwort der Landesregierung:

Die bisher im IT- Haushalt (Epl. 1103) veranschlagten Papierkosten werden nunmehr wegen des Haushaltsgrundsatzes der Wahrheit und Klarheit im Kapitel 0502 veranschlagt.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>DIE LINKE</b>
<b>x</b>	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	05
<b>Seite:</b>	24
<b>Kapitel:</b>	05
<b>Titel:</b>	511 01
<b>Zweckbestimmung:</b>	Geschäftsbedarf ...

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	4144,3
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	4068,3
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	5029,6
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	4999,5

Frage/Sachverhalt:

Warum steigt dieser Ansatz für 2011 und 2012 so markant an?

Antwort der Landesregierung:

Die Teilansätze Porto sind für die Haushaltsjahre 2009/2010 gemindert veranschlagt und gemäß den Erläuterungen zu Titel 0505 - 511 01 aus Rücklagemitteln des Kapitels 0505 in Höhe von 600,0 T€ (2009) bzw. in Höhe von 1.300,0 T€ (2010) aufgestockt worden. Die Rücklagemittel werden nicht bei Titel. 0505 - 511 01, sondern gemäß den Erläuterungen zu Titel 0505 - 359 01 bei Titel 0505 - 546 98 verausgabt.

Für den Doppelhaushalt 2011/2012 ist wieder der Gesamtbedarf für Portokosten bei Titel 0505 - 511 01 zu veranschlagen, wodurch sich zwar höhere Ansätze aber per Saldo keine Ausgabensteigerungen ergeben.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>DIE LINKE</b>
<b>x</b>	<b>SSW</b>

**Landtagsfraktion**

Schleswig-Holstein

**zum Haushaltsentwurf 2011/2012**

<b>Einzelplan:</b>	05
<b>Seite:</b>	25
<b>Kapitel:</b>	05
<b>Titel:</b>	514 01
<b>Zweckbestimmung:</b>	Verbrauchsmittel ...

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	129,7
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	158,9
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	173,2
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	174,1

## Frage/Sachverhalt:

Warum steigt dieser Ansatz für 2011 und 2012 so markant an?

## Antwort der Landesregierung:

Im Steueraußendienst der Finanzämter werden anstelle von privateigenen Fahrzeugen der Bediensteten aus wirtschaftlichen Gründen vermehrt Leasingfahrzeuge als Dienstfahrzeuge eingesetzt. Aufgrund der ansteigenden Anzahl der geleasteten Dienstfahrzeuge steigt der Bedarf für die Unterhaltung von Dienstfahrzeugen. Die Einsparungen bei Titel 0505 - 527 01 übersteigen die Mehrbedarfe bei Titel 0505 - 514 01.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>DIE LINKE</b>
<b>x</b>	<b>SSW</b>

**Landtagsfraktion**

Schleswig-Holstein

**zum Haushaltsentwurf 2011/2012**

<b>Einzelplan:</b>	09
<b>Seite:</b>	29/30
<b>Kapitel:</b>	02
<b>Titel:</b>	MG 01
<b>Zweckbestimmung:</b>	Straffälligenhilfe und Opferschutz

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	1.312,3
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	1.370,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	1.348,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	1.348,0

## Frage/Sachverhalt:

Warum ist eine Kürzung des Gesamtansatzes von 2010 1.370 Tsd. Euro auf 2011 & 2012 1.348 Tsd. Euro erfolgt?

## Antwort der Landesregierung:

Unter Beachtung der Einsparvorgaben und der notwendigen Finanzausstattung dieser Maßnahmegruppe war eine Annäherung an den Ausgabebedarf 2009 (Soll 2010: 1.370,0 T€; Ist 2009: 1.312,3 T€) erforderlich.



## Fragen der

	<b>CDU</b>
	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>DIE LINKE</b>
<b>x</b>	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	09
<b>Seite:</b>	45
<b>Kapitel:</b>	03
<b>Titel:</b>	537 61 056
<b>Zweckbestimmung:</b>	Ausgaben für Therapiemaßnahmen ...

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	786,7
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	925
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	775
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	775

## Frage/Sachverhalt:

Warum wird der Ansatz gekürzt und wie begründet sich der in den Erläuterungen genannte Minderbedarf genau?

## Antwort der Landesregierung:

In 2009 wurde der Titel aufgrund personeller Nachbesetzungsprobleme der Trägers CAU nicht ausgeschöpft.

Die Therapien innerhalb der Justizvollzugsanstalten wurden durch die GMSH ausgeschrieben und seit 2010 ergeben sich durch die Leistungsbeschreibungen und festgelegten Fachleistungsstundensätze bei niedrigerem finanziellem Aufwand gleich hoch qualifizierte Angebote für die Inhaftierten.

Durch die am Ende 2010 abgeschlossene Ausschreibung für die Schuldnerberatung in allen Anstalten wird derselbe Effekt erwartet. Die Ansätze sind fachlich vertretbar.

### Fragen der

	<b>CDU</b>
	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>DIE LINKE</b>
<b>x</b>	<b>SSW</b>

### Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

### zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	09
<b>Seite:</b>	89
<b>Kapitel:</b>	13
<b>Titel:</b>	684 15
<b>Zweckbestimmung:</b>	Migrationssozialberatung

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	1565,6
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	1580,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	1457,9
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	1239,9

#### Frage/Sachverhalt:

Mit welcher finanziellen Ausstattung soll der Aktionsplan Integration in Schleswig-Holstein erfolgen und welche Rolle sollen die Migrationsfachdienste sowie Migrantenorganisationen dabei übernehmen? Welche Mittel werden dafür zukünftig bereitgestellt?

#### Antwort der Landesregierung:

Unter dem Arbeitstitel „Aktionsplan Integration“ bearbeitet die Landesregierung und - je nach thematischer Betroffenheit unter Einbeziehung von Vereinen, Verbänden und Migrantenselbstorganisationen - die sechs verschiedenen Handlungsfelder (frühkindliche und schulische Bildung, berufliche Ausbildung, Hochschule und Weiterbildung, Arbeit, Gesundheit und Pflege sowie neue Willkommenskultur).

Am Ende des Prozesses soll der gemeinsame „Aktionsplan Integration“ stehen, der die Handlungsfelder, die insoweit bestehenden Verantwortlichkeiten, die Ziele und den hierfür geltenden Zeitrahmen beschreiben sowie die kurz- und mittelfristige Umsetzung konkreter Maßnahmen zum Inhalt haben soll.

Die Rollen der Migrationsfachdienste und Migrantenselbstorganisationen werden bei der Erarbeitung festgelegt.

Die mit der Erstellung des Aktionsplans verbundenen Kosten für eigene Fachveranstaltungen und Druck des Aktionsplans werden aus vorhandenen Haushaltsmitteln des Ministeriums für Justiz, Gleichstellung und Integration bestritten. Sind weitere Ausgaben im Zusammenhang mit der Erstellung des „Aktionsplan Integration“ zu leisten, hat dies im Rahmen der veranschlagten und verfügbaren Haushaltsmittel der Einzelpläne der betroffenen Ressorts zu erfolgen. Darüber hinaus soll später in der Umsetzung sicher gestellt werden, dass er konzeptionell auch so angelegt ist, dass er nicht mittel- und langfristig mit den jeweiligen Ressortverpflichtungen zur Konsolidierung des Landeshaushalts im Rahmen der Abbaupfade der Einzelpläne kollidiert.

### Fragen der

	<b>CDU</b>
	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>DIE LINKE</b>
<b>x</b>	<b>SSW</b>

### Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

### zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	12
<b>Seite:</b>	13
<b>Kapitel:</b>	4
<b>Titel:</b>	711 35 042
<b>Zweckbestimmung:</b>	Umbau im Dienstgebäude ...

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	0,0
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	0,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	100,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	250,0

Frage/Sachverhalt:

Liegt für den Umbau ein Konzept vor und welche Umbaumaßnahmen sind genau erforderlich?  
Warum gibt es bei den Maßnahmen zur Sicherung eine derartig hohe Steigerung?

Antwort der Landesregierung:

Das Unterbringungskonzept für das Polizeirevier Elmshorn sieht die Deckung eines anerkannten Raum-Mehrbedarfs – möglichst innerhalb des jetzigen Dienstgebäudes (in der Moltkestraße) – vor.

Veranschlagt sind die voraussichtlichen Kosten für die Bereinigung und Umgestaltung des Grundrisses – insbesondere Einrichtung von Duschen, nach Geschlechtern getrennte Sanitäreinrichtungen, Umkleieräume und in geringem Umfang Büroflächen.

Die Zusatzfrage kann hier nicht zugeordnet werden.

### Fragen der

	<b>CDU</b>
	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>DIE LINKE</b>
<b>x</b>	<b>SSW</b>

### Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

### zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	12
<b>Seite:</b>	13
<b>Kapitel:</b>	4
<b>Titel:</b>	711 36 042
<b>Zweckbestimmung:</b>	Nutzerspezifischer Umbau ...

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	0,0
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	0,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	270,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	200,0

Frage/Sachverhalt:

Liegt für den Umbau ein Konzept vor und welche Umbaumaßnahmen sind genau erforderlich?

Antwort der Landesregierung:

Für das 1. Polizeirevier in Lübeck, Mengstraße, besteht ein anerkannter erheblicher Raum-Mehrbedarf. Zur Deckung dieses Mehrbedarfes ist die anteilige Verlegung von Organisationsteilen in ein Nachbargebäude geplant.

Veranschlagt sind die Kosten für die anschließende Herrichtung des Alt-Objektes auf der Grundlage einer baufachlichen Machbarkeitsstudie der GMSH zur Verbesserung der polizeilichen Nutzung; insbesondere sind eine funktionsgerechte Gestaltung des Wachbereichs, die Erneuerung von Duschen und Umkleieräumen sowie geringfügige sicherheitstechnische Maßnahmen vorgesehen.

Weiterhin sind notwendige Brandschutzmaßnahmen durchzuführen.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>DIE LINKE</b>
<b>x</b>	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	12
<b>Seite:</b>	13
<b>Kapitel:</b>	4
<b>Titel:</b>	711 41 042
<b>Zweckbestimmung:</b>	Maßnahmen zur Sicherung ...

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	102,2
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	80,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	150,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	150,0

Frage/Sachverhalt:

Liegt für den Umbau ein Konzept vor und was ist genau erforderlich?  
 Warum gibt es bei den Maßnahmen zur Sicherung eine derartig hohe Steigerung?  
 Gibt es Veränderungen der Sicherheitslage, die eine solche Steigerung rechtfertigen?

Antwort der Landesregierung:

Der bisherige Standard umfasste hauptsächlich die sichere Lagerung von Waffen mittels Schließfächern und Einbruchsmeldeanlagen; nunmehr ist eine ergänzende Sicherung der Polizeiobjekte im Innen- und Außenbereich vorgesehen.

Die Erforderlichkeit wird bei allen Polizei-Liegenschaften geprüft werden; notwendige bauliche und technische Maßnahmen werden nach abstrakten Gefährdungspotentialen ausgewählt, wobei eine unterjährige Einzelfallauswahl der Objekte getroffen wird, um sich jeweils der aktuellen Situation anzupassen.

Trotz einzelner deliktischer Handlungen gegen Polizeibeamte und Polizeidienstgebäude kann nicht von einer allgemeinen Veränderung der Sicherheitslage in SH gesprochen werden.

### Fragen der

	<b>CDU</b>
	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>DIE LINKE</b>
<b>x</b>	<b>SSW</b>

### Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

### zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	12
<b>Seite:</b>	14
<b>Kapitel:</b>	4
<b>Titel:</b>	894 02 042
<b>Zweckbestimmung:</b>	Zuschuss an die LVSH ...

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	0,0
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	0,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	1000,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	460,0

Frage/Sachverhalt:

Liegt für den Umbau ein Konzept vor und welche Umbaumaßnahmen sind genau erforderlich?  
Welche Umstände machen die Erweiterung notwendig?

Antwort der Landesregierung:

Das polizeitaktische Konzept sieht auf der Insel Sylt eine stufenweise Zentralisierung aller Polizei-Standorte durch organisatorische Zusammenlegung in Westerland (Kirchenweg) bis Oktober 2011 vor. Die Maßnahmen haben mit der Auflösung der Polizeistation Hörnum bereits begonnen; im weiteren Verlauf können die bisherigen Objekte in Keitum, Wenningstedt und List abgegeben werden.

Erforderlich wird in einem 1. Bauabschnitt auf dem Grundstück der Polizei Westerland (Polizeizentralstation und Kriminalpolizei-Außenstelle) ein zweiter Gebäudeteil mit Büro –und Unterkunftsräumen (für die saisonale Personalverstärkung); im 2. Bauabschnitt wird das heutige Bestandsgebäude teilweise saniert und entsprechend den Brandschutzbestimmungen hergerichtet.

Die detaillierten baulichen Konzeptionen sind in den 1. und 2. Teilvorlagen der „Investitionsunterlage Bau“ vom 4.2.2010 bzw. 6.4.2010 enthalten.

Die Baumaßnahme hat bereits im Haushaltsjahr 2010 begonnen.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>DIE LINKE</b>
<b>x</b>	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	12
<b>Seite:</b>	14
<b>Kapitel:</b>	4
<b>Titel:</b>	894 04 042
<b>Zweckbestimmung:</b>	Zuschuss an die LVSH ...

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	0,0
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	0,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	1000,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	100,0

Frage/Sachverhalt:

Liegt für den Umbau ein Konzept vor und welche Umbaumaßnahmen sind genau erforderlich?

Antwort der Landesregierung:

Das bauliche Konzept dieser Maßnahme ist hinterlegt in der sog. „Investitionsunterlage-Bau“ vom 24.6.2010. Es ist kein Umbau sondern ein Neubau vorgesehen.

Die Maßnahme hat bereits im Haushaltsjahr 2010 begonnen.

Sie beinhaltet die Erneuerung der bei der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung vorhandenen Kfz-Pflegehallen (Einzelgebäude), die sowohl in ihrer baulichen Gebäude-Substanz wie auch hinsichtlich der technischen Aggregate abgängig (teilweise 45 Jahre alt) sind.

Vorgesehen ist ein geschlossener Hallen-Neubau, der alle notwendigen Pflegearbeiten (Innen- und Außenwäsche, Ölwechsel, Bremsenprüfung usw.) in einem Gebäude ermöglicht.

Da die neue Halle einen separaten Standort erhält, können die bisherigen Hallen bis zur Fertigstellung des Neubaus weitergenutzt werden, so dass keine weiteren Einschränkungen im Dienstbetrieb entstehen.

## Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
x	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	12
<b>Seite:</b>	19
<b>Kapitel:</b>	5
<b>Titel:</b>	711 06 062
<b>Zweckbestimmung:</b>	

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	0,0
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	18,8
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	21,2
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	21,2

## Frage/Sachverhalt:

Sind die Neu-, Um- und Erweiterungsbauten noch notwendig, wenn ab 2013 die Liegenschaft durch die Polizei übernommen wird? Oder dienen diese Vorarbeiten der Vorbereitung dieser Übernahme durch die Polizei?

## Antwort der Landesregierung:

So können z.B. nach Auszug des Finanzverwaltungsamtes -Landeskasse- die Räume für eine völlig andere Raumnutzung (z.B. Polizei) durch kleinere Umbauarbeiten angepasst werden. Es handelt sich bei der Maßnahme um eine weitere Nutzungsoptimierung. Des Weiteren sei darauf hingewiesen, dass die Titelgruppe 711 innerhalb des Kapitels Deckungsfähig ist (§ 7 Abs. 3 Nr. 1 HHG 2011/2012).

Nach Auszug des Finanzverwaltungsamtes -Landeskasse- sollen die Räume von der Polizei Kiel genutzt werden. Da die Polizei eine völlig andere Raumnutzung braucht, müssen diese durch kleiner Umbauarbeiten angepasst werden.



## Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
x	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	12
<b>Seite:</b>	34
<b>Kapitel:</b>	9
<b>Titel:</b>	519 01 011
<b>Zweckbestimmung:</b>	

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	146,7
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	39,2
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	39,2
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	39,2

Frage/Sachverhalt:

Liegt ein Konzept oder liegen sonstige Unterlagen über die vorzunehmenden Unterhaltungsarbeiten vor?

Antwort der Landesregierung:

Es handelt sich bei den im Tit. 519 01 veranschlagten Haushaltsmittel um Ausgaben für Bauunterhaltung. Die Veranschlagung der Bauunterhaltung erfolgt aufgrund von Berechnungen. In diesem Zusammenhang wird auf Seite 4 des Vorworts zum Epl. 12, unter Teil B), zweiter Absatz hingewiesen. Für den Doppelhaushalt 2011/ 2012 wurden die Ansätze 2010 überrollt.

Welche Bauunterhaltungsmaßnahmen unterjährig abgewickelt werden, wird an Hand der von der GMSH vorgelegten Maßnahmenkatalogs festgelegt.

## Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
x	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	12
<b>Seite:</b>	34
<b>Kapitel:</b>	9
<b>Titel:</b>	519 03 056
<b>Zweckbestimmung:</b>	

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	700,8
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	637,2
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	637,2
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	637,2

Frage/Sachverhalt:

Liegt ein Konzept oder liegen sonstige Unterlagen über die vorzunehmenden Unterhaltungsarbeiten vor?

Antwort der Landesregierung:

Siehe Antwort zu Frage 1209 – 519 01.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>DIE LINKE</b>
<b>x</b>	<b>SSW</b>

**Landtagsfraktion**

Schleswig-Holstein

**zum Haushaltsentwurf 2011/2012**

<b>Einzelplan:</b>	12
<b>Seite:</b>	34
<b>Kapitel:</b>	9
<b>Titel:</b>	711 01 011
<b>Zweckbestimmung:</b>	

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	657,8
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	732,4
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	732,4
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	732,4

Frage/Sachverhalt:

Liegt ein Konzept über die vorzunehmenden Neu-, Um-, und Erweiterungsbauten vor?

Antwort der Landesregierung:

Es handelt sich bei den im Tit. 711 01 veranschlagten Haushaltsmittel um Ausgaben für kleine Baumaßnahmen. Die Veranschlagung erfolgt aufgrund von Berechnungen. In diesem Zusammenhang wird auf Seite 4 des Vorworts zum Epl. 12, unter Teil B), dritter Absatz hingewiesen. Für den Doppelhaushalt 2011/ 2012 wurden die Ansätze 2010 überrollt. Welche kleinen Baumaßnahmen unterjährig abgewickelt werden, wird im Rahmen eines von der GMSH vorgelegten Jahresbauprogramms festgelegt.

## Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
x	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	12
<b>Seite:</b>	34
<b>Kapitel:</b>	9
<b>Titel:</b>	711 03 056
<b>Zweckbestimmung:</b>	

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	390,5
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	477,9
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	477,9
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	477,9

Frage/Sachverhalt:

Liegt ein Konzept über die vorzunehmenden Neu-, Um, und Erweiterungsbauten vor?

Antwort der Landesregierung:

Siehe Antwort zu Frage 1209 – 711 01.

## Fragen der

	<b>CDU</b>
	<b>SPD</b>
	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>DIE LINKE</b>
<b>x</b>	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	12
<b>Seite:</b>	34
<b>Kapitel:</b>	9
<b>Titel:</b>	711 06 056
<b>Zweckbestimmung:</b>	

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	0,0
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	0,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	200,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	200,0

## Frage/Sachverhalt:

Liegt ein Konzept zur Erneuerung vor? Gibt es Unterlagen, die den Erneuerungsbedarf der Systeme belegen und rechtfertigen?

## Antwort der Landesregierung:

Die GMSH wurde beauftragt, für alle Vollzugsanstalten des Landes Schleswig-Holstein ein Konzept für die „Sicherheitstechnischen Systeme der Vollzugseinrichtungen zu erarbeiten; hierzu gehören u. a. Brandmelde-, Alarmierungs-, Videoüberwachungs- oder Personennotrufanlagen. Diese Konzepte befinden sich in der Abstimmung mit dem MJGI und den Nutzern und sollen im Oktober 2010 in der Endfassung vorliegen.

Die Erarbeitung übergeordneter Konzepte war notwendig geworden, um bestehende Sicherheitssysteme zu erfassen und zu bewerten und Vorschläge für künftige (kompatible) Systeme nach bundeseinheitlichen Standards zu erarbeiten.

Bereits die jetzigen Ergebnisse lassen erkennen, dass es notwendig ist, die zum Teil noch aus den 90er Jahren stammende Technik zu ergänzen oder zu ersetzen. Entsprechend des Alters, des Abnutzungsgrads oder auch des technischen Zustands der Anlagen wurde ein kurz-, mittel- und langfristiger Modernisierungsbedarf ermittelt, der in den kommenden Jahren umgesetzt werden soll.